



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: 181,74 neue Planstellen für Tarifbeschäftigte
bei der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 03 18 (Landespolizei) wird im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer) der Ansatz im Haushaltsjahr 2016 von 169.187,0 Tsd. Euro um 6.872,0 Tsd. Euro auf 176.059,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel dienen der Finanzierung von 181,74 neuen Planstellen für Tarifbeschäftigte (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) in den Entgeltgruppen E 2 bis E 13.

Die Stellen werden im Haushaltsgesetz differenziert nach Entgeltgruppen geschaffen. Sie sind aufgrund der Dringlichkeit unverzüglich mit Inkrafttreten des Gesetzes besetzbar.

Ein entsprechender Änderungsantrag für das Haushaltsgesetz wird vorgelegt.

Begründung:

Neben den nach dem Regierungsentwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016 neu ausgebrachten Planstellen für Beamte in verschiedenen Besoldungsgruppen für die Landespolizei sollen 181,74 Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Bereich der Landespolizei neu ausgebracht werden. Im Einzelnen handelt es sich um eine Stelle in der EGr. 13 für die Tätigkeit eines Betriebswirts, einer Betriebswirtin, eine Stelle in der EGr. 11 für die Tätigkeit eines Leiters, einer Leiterin, sieben Stellen in der EGr. 10 für folgende Tätigkeiten: IT-Systembetreuer/IT-Systembetreuerin, Sozialpädagoge/Sozialpädagogin, Wirt-

schaftsfachkraft; 36,25 Stellen in der EGr. 9 für folgende Tätigkeiten: Kfz-Meister/Kfz-Meisterin, Tariflicher Sachbearbeiter/Tarifliche Sachbearbeiterin, Haustechniker/Haustechnikerin, RBA Sachbearbeiter/RBA Sachbearbeiterin, Webdesigner/Webdesignerin; 21,49 Stellen in der EGr. 8 für folgende Tätigkeiten: Haustechniker/Haustechnikerin, Tariflicher Sachbearbeiter/Tarifliche Sachbearbeiterin, IT-Systembetreuer/IT-Systembetreuerin, Fachkraft für Öffentlichkeitsarbeit; sieben Stellen in der EGr. 7a für folgende Tätigkeiten: Krankenpfleger/Krankenschwester; 19 Stellen in der EGr. 6 für folgende Tätigkeiten: Koch/Köchin, Haustechniker/Haustechnikerin, Tariflicher Sachbearbeiter/Tarifliche Sachbearbeiterin; 50 Stellen in der EGr. 5 für folgende Tätigkeiten: Kfz-Mechaniker/Kfz-Mechanikerin, Hausmeister/Hausmeisterin, Bürokraft für Schreibdienste, Omnibusfahrer/Omnibusfahrerin, Bürokraft EKAA, Verkehrsdienstangestellter/Verkehrsdienstangestellte, Maler/Malerin, Kraft für Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber; zehn Stellen in der EGr. 4 für folgende Tätigkeiten: Kraftfahrer/ Kraftfahrerin, Mitarbeiter/Mitarbeiterin Ersatzteillager, Hausmeister/Hausmeisterin; 23 Stellen in der EGr. 3 für folgende Tätigkeiten: Haus- und Küchenhilfe, Pförtner/ Pförtnerin, Kfz-Pfleger/Kfz-Pflegerin, Zwingerwart, Hausmeister/Hausmeisterin; 6 Stellen in der EGr. 2 für Reinigungskräfte.

Wegen der Flüchtlingssituation befinden sich die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Landespolizei an der Grenze der Belastbarkeit. Die Neueinstellung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern hat derzeit keinerlei Entlastungseffekt. Unproblematisch könnten aber sofort Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingestellt werden, die die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei entlasten können.

Im Rahmen des Integrationspakets hat die Staatsregierung beschlossen, neben 500 zusätzlichen Ausbildungsstellen für Polizeibeamte 80 neue Stellen für Tarifbeschäftigte zu schaffen. Dies ist ein richtiger Schritt, die 80 neuen Tarifbeschäftigten reichen aber nicht aus, die Polizeibeamten der Landespolizei jetzt und sofort zu entlasten. Die 500 Polizeianwärter und Polizeianwärterinnen stehen erst nach Abschluss ihrer Polizeiausbildung dem Polizeidienst zur Verfügung. Daher müssen weitere Stellen für Tarifbeschäftigte jetzt und sofort neu ausgebracht werden.